

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN / CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMÄNNIS

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU - Bundestagsfraktion

In Verbindung mit Oberbürgermeister Ernst BÄCH · Pfarrer Alfons KREUSSEL · Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MdB · Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHAUPT, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

4. Jahrgang, Nummer 6 - Postversandort Bonn - Bonn, im Juni 1956

I N H A L T

TOLERANZ AUS GLAUBEN

Zum Hauptthema der Lutherischen Generalsynode 1956 S. 1

MISSBRAUCH DES CHRISTENTUMS?

von Eugen Gerstenmaier S. 6

GEDANKEN ZUR KOEXISTENZ

von Werner Brökelschen S. 9

DIE SOWJETRUSSISCHE DEUTSCHLANDPOLITIK 1945-1955

ein Buch, das wir empfehlen S. 13

TOLERANZ AUS GLAUBEN

Vom 2. - 7. Juni tagte in Hannover die 2. Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), an der neben den Synodalen aus den zehn Gliedkirchen in Mittel- und Westdeutschland elf Bischöfe, darunter die von Sachsen, Thüringen und Mecklenburg, teilnahmen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Frage der Toleranz zwischen den Konfessionen. Zu diesem Thema sprachen u. a. der Leitende Bischof der VELKD, Landesbischof D. Dr. Hanns Lilje, Hannover, der schleswig-holsteinische Bischof D. Wilhelm Halfmann, Kiel, und der bayerische Landesbischof Hermann Dietzfelbinger, München. In den Referaten wie in den Diskussionsbeiträgen wurde die Unterscheidung zwischen lutherischer und römisch-katholischer Lehre, zugleich aber auch der Wille zu einer

echten, schöpferischen Toleranz, die sich ernsthaft um den anderen müht, unterstrichen. Jegliche Kritik müsse die ihr innewohnenden positiven Impulse spürbar werden lassen. Alle Sprecher warnten vor einer schwärmerischen Wiedervereinigungshoffnung der Konfessionen und gaben dem Wunsche Ausdruck, auch auf katholischer Seite möge die Neigung zu einem duldsamen Umgang miteinander in Anerkennung des evangelischen Glaubenszeugnisses wachsen.

Wir geben nachstehend das Grußwort, das der Bundesminister des Innern, Dr. Gerhard Schröder, namens der Bundesregierung an die Generalsynode richtete, sowie Auszüge aus der Eröffnungsansprache von Bischof D. Dr. Lilje und dem Referat von Bischof D. Halfmann wieder.

Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder: "Der 'Lutherischen Generalsynode 1956' überbringe ich herzliche Grüße und die guten Wünsche der Bundesregierung. Auf dieser Synode finden sich evangelische Christen aus Ost und West, aus Nord und Süd und aus der Mitte unseres Vaterlandes zusammen. Wir können wir mehr wünschen, als daß es eine offene und brüderliche Begegnung werde, eine Begegnung, die uns alle kräftigt in der Zuversicht, daß wir trotz der anscheinend gegenteiligen geschichtlich-politischen Aspekte wenigstens in unserem Empfinden und in unserem Wollen einig sind, e i n Vaterland und e i n e evangelische Kirche zu haben. Was könnten wir mehr wünschen, als daß unsere staatliche Wirklichkeit in nicht zu ferner Zeit wieder übereinstimmt mit dem Bild von dem einen Deutschland, das wir heute nur im Herzen tragen können.

Auf dieser Synode wird sicher alle etwas anrühren von dem schweren Schicksal, das die evangelische Kirche in einem geteilten Deutschland zu tragen hat. Sie steht zwei obrigkeitlichen Gewalten von grundverschiedener Prägung und Praxis gegenüber. Ein freier Staat und ein totales Herrschaftssystem stellen dieselbe Kirche vor ganz verschiedene Aufgaben. Sicher lebt es sich auch für die Kirche leichter, unverbindlicher und ungebundener im freien Staat. Aber die Begegnung mit dem Bolschewismus als einer Ersatzreligion stellt uns allen die unüberhörbare und eindringliche Frage nach der Identität von Lehre und Leben bei uns. Nicht bloßer Antikommunismus, sondern die christliche Lebensgemeinschaft ist die einzig wirksame und überzeugende Antwort. Dazu gehören Einigkeit in den eigenen Reihen und die brüderliche Verbundenheit mit den anderen Konfessionen. In diesem Zusammenhang werden die Probleme der Toleranz, die auf dieser Synode behandelt werden sollen, eine ganz besondere Aktualität gewinnen.

Ich kann mir vorstellen, daß unsere Brüder aus Mitteldeutschland manchmal etwas verwundert sind über unsere vielerlei materiellen Sorgen und unsere oft übertriebenen Ansprüche. In der Tat sind die modernen Demokratien allzuviel mit der Sorge um die eigenen Lebenshaltung beschäftigt - und unsere derzeitigen, gelegentlich sogar etwas dramatischen Konjunkturdebatten scheinen das für uns sogar noch zu unterstreichen. Wir haben gerade in den letzten Jahren des stürmischen wirtschaftlichen Aufstiegs Gelegenheit gehabt, zu lernen, daß die Kurven der Ruhe, der Zufriedenheit und des Glücks nicht unbedingt parallel zur wirtschaftlichen Entwicklung verlaufen. Dankbarkeit, Maßhalten und innere Gelassenheit sind nicht die selbstverständliche Frucht ökonomischer

mischer Erfolge, sondern sie bedürfen einer sozial-ethischen Grundlage und Erziehung. Ich glaube, daß hier noch ein weites Feld liegt, auf dem die Kirche eine große Verantwortung im wirtschaftlichen Raum wahrzunehmen hat und wahrnehmen kann.

Wir bemühen uns seit 1945 um eine neue Ordnung, wie wir meinen: um eine bessere Ordnung, in unserem Vaterland. Ich bin überzeugt, daß diese Synode einen wesentlichen Beitrag dazu leisten kann und leisten wird."

Leitender Bischof D. Dr. Hanns Lilje: "Die lutherische Kirche bekennt sich zur *Una Sancta Apostolica Ecclesia*. Sie hat das zu allen Zeiten getan, auch im 16. Jahrhundert, und tut es heute unverändert. Infolgedessen liegt ihr die Polemik nicht, auch nicht die merkwürdige nervöse und in einigen Fällen nicht sehr hochstehende Polemik, die ihr in jüngster Zeit widerfahren ist. Sie hat, was das Verhältnis der Konfessionen anbelangt, den Wunsch nach einer echten, kräftigen und wirkungsvollen Toleranz. Sie erwartet sie auf zwei Gebieten:

Einmal in den Fragen der *k o n f e s s i o n e l l e n U n t e r s c h i e d e*. Es geht nicht an, daß diese Unterschiede, die einst von den Vätern unter Tränen und Blut erkannt sind, vergleichgültigt werden oder daß der lutherischen Kirche die geschichtliche Verantwortung für die 'Glaubensspaltung' zugeschoben wird. Solange die wesentlichen Grundzüge des Selbstverständnisses der katholischen Kirche fortbestehen (die schlechthinnige Suprematie des Papsttums, die Mariologie, das Fortbestehen der Ablassse usw.), sind die Gründe nicht wirklich überwunden, die vor vier Jahrhunderten zur Trennung geführt haben. Auch der Anspruch, daß dem Papst die Sorge für alle Christen obliege und daß das kanonische Recht für alle Christen verbindlich sei, wird von uns jetzt und künftig nicht geteilt. Die Aufgabe der Toleranz besteht darin, trotz dieser sehr wesentlichen Unterschiede die gemeinsame christliche Verpflichtung gegenüber der Öffentlichkeit wahrzunehmen. Dazu ist die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche bereit.

Die Schwierigkeiten auf *p o l i t i s c h e m* Gebiet sind im Grunde gering. Es handelt sich eigentlich nur darum, in Objektivität und Sachlichkeit miteinander umzugehen. In der heutigen staatsrechtlichen Situation der Bundesrepublik darf es überhaupt keine Schwierigkeiten geben, solange man auf beiden Seiten Redlichkeit des Willens voraussetzen kann. Probleme der *P e r s o n a l p o l i t i k* sind mühelos lösbar, solange die Frage nach der sachlichen Eignung und der Wille zur Gerechtigkeit die Entscheidungen bestimmen. In den Fragen der *K u l t u r p o l i t i k* wird ohnehin jeder Christ von der Tatsache ausgehen müssen, daß wir nicht in einem konfessionell einheitlichen Staatswesen leben und daß daher die Rücksicht der verschiedenen Konfessionen und Weltanschauungen aufeinander eine unerläßliche Voraussetzung für das Zusammenleben ist. Auch hier versichert die VELKD ihre Bereitwilligkeit zur loyalen Mitarbeit in der Öffentlichkeit.

Die Aufgabe der Kirchen liegt nicht in der Selbstbehauptung, sondern in der Ausrichtung des Zeugnisses von Christus in der deutschen Öffentlichkeit ..."

Bischof D. Wilhelm Halfmann: "Die christliche Reinigung und Aufwertung des Toleranzbegriffes und das daraus resultierende ethische Verhalten ist uns heute als *A u f g a b e d e r h i s t o r i s c h e n S i t u a t i o n* gestellt. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß wir die Toleranzfrage im Zusammen-

hang mit der weltgeschichtlichen Situation und der Lage der Christenheit in ihr sehen. Der Gott der Geschichte nötigt uns, daß wir uns um die Toleranz kümmern.

Ich knüpfe an die Erfahrung an, die Dietrich Bonhoeffer in seiner 'Ethik' aus der Kirchenkampfzeit mitteilt. Damals sei unter dem Druck der nationalsozialistischen Ideologie das Bewußtsein einer Art von Bundesgenossenschaft zwischen den Christen und den von jener Ideologie verdamnten Werten entstanden: 'Vernunft, Bildung, Humanität, Toleranz, Eigengesetzlichkeit (der verschiedenen Lebensbereiche) - alle diese Begriffe, die noch bis vor kurzem als Kampfpaparn gegen die Kirche, gegen das Christentum, gegen Jesus Christus selbst gedient hatten, fanden sich auf einmal überraschend dem Bereich des Christlichen ganz nahe gerückt', und zwar gerade in dem Zeitpunkt, als die zentralen christlichen Glaubenssätze in härtester, aller Toleranz anstößigster Form herausgestellt wurden. Jene Begriffe der Vernunft, Bildung, Humanität, Toleranz wären gleichsam heimatlos geworden und hätten Zuflucht gesucht im Schatten der christlichen Kirche - eine Rückkehr zum Ursprung, eine Heimkehr der entlaufenen Kinder der Kirche zu ihrer Mutter. In ihrem Ursprung, bei Jesus Christus, hätten sie neuen Sinn und neue Kraft gefunden. So Bonhoeffer über die Zeit vor 1945.

Gilt diese Erfahrung noch heute? Oder haben die damals heimgekehrten Begriffe ihren Zufluchtsort wieder verlassen, weil er doch nur Not-Unterschlupf am Wege, nicht wahre Heimat war? Man darf wohl sagen: bei vielen ist eine echte Verbindung mit dem Christlichen geblieben; andere haben vergessen und wünschen nicht, an den damaligen Moment ihrer Schwäche erinnert zu werden. Denn in der Niederlage vor dem Würgegriff der Totalgewalt war die Substanzlosigkeit eines relativierenden Toleranzbegriffes und die Hohlheit einer durch nichts gebundenen Freiheit peinlich zutage getreten. Solche Enthüllung versucht man heute vergessen zu machen durch um so lautere Rezitation der alten ungetauften Humanitätsbegriffe. Insoweit leben wir in einem Zeitalter der Reaktion, d. h. aber nun auch: der Furcht vor Wiederkehr des Bösen. Die Sorge schleicht durchs Schlüsselloch. Wer kann sie hindern? Wer weiß, wie weit sie wirklich herrscht?

Die Christenheit jedenfalls wird gut daran tun, den Unterton der Furcht und Sorge in der neuen Beschwörung von Humanität und Menschenrechten zu hören und sich so einzustellen, daß sie wirkliche Heimat der bedrohten Werte sein kann. Und die Christenheit beschränkt sich nicht auf die westdeutsche Bundesrepublik und die westliche Hälfte der Welt. Sie hat ihre Glieder überall in der ganzen Welt und leidet mit, wo immer ihre Einzelglieder leiden. Der Gesamtaspekt dieser Welt ist noch so, wie Bonhoeffer ihn im 'Dritten Reich' sah; und ich finde dafür kein anderes Wort als apokalyptisch. Ungeheure Gewalten sind aufmarschiert oder ballen sich neu zusammen, denen gegenüber das eigentlich Christliche und die ihm entlaufenen geistig-kulturellen Werte in gemeinsamer Bedrohtheit zusammenrücken. Der militante Weltkommunismus, das Wiederkommen nicht-christlicher Religionen, der Nationalismus der großen nicht-christlichen Völker, der Aufstand der sogenannten farbigen Rassen und hinter alledem die Verfügung über technisch-physikalische Vernichtungskräfte von bisher ungekannter Gewalt durch kleine Menschengruppen, denen Vertrauen zu schenken nicht angebracht ist - alles dieses bietet ein Bild apokalyptischer Bedrohung.

Das ist der Hintergrund für den aufsehenerregenden Besuch des evangelischen

Bischofs Dibelius beim Römischen Papst. Das ist die Situation, aus der sich die Frage der Toleranz mit Dringlichkeit als Frage an die Christenheit erhebt, ob sie nicht wenigstens in dem Bereich, in dem sie sich in Freiheit verhalten kann, die Toleranz als christliche Aufgabe neu durchdenken und praktisch entfalten und bewähren muß...

Angesichts einer Welt geballter, von gottlosen Mythen getragener Machtssysteme, angesichts des weltrevolutionären Kommunismus, des Rassismus und Nationalismus, des erwachenden Heidentums, - angesichts der geheimen Staatsreligiosität der säkularen Demokratien und der letzten, rätselhaften Gewalt des Urbösen, das in Christus den Feind schlechthin wittert, hat die Christenheit eine wahrhaft politische Aufgabe. Sie ruft Gottes Arm herbei zum Schutz der menschlichen Gesellschaft vor ihrer Entmenschlichung, ihrer Selbstzerstörung. Sie bannt im Namen Jesu Christi die Dämonen. Indem sie um ihr Recht kämpft, kämpft sie für das höchste Recht des Menschen: Gottes Eigen zu sein und nicht des Teufels.

Hier liegt der Grund für ein Phänomen deutscher Geschichte nach dem Auftauchen aus dem Abgrund von 1945, das noch vor zwanzig Jahren undenkbar gewesen wäre: das Zusammenwirken von Christen beider Konfessionen in politischer Verantwortung. Ein Tatbeweis für die Möglichkeit echter interkonfessioneller Toleranz ist hier erbracht. Wir müssen gemeinsam die Freiheit des Glaubens und seiner öffentlichen Betätigung verteidigen. Wir müssen gemeinsam den Mächten dieser Welt die wahre Freiheit abringen. Denn wir wissen gemeinsam, daß die leere Freiheit ohne objektive Bindung ein Lieblingsplatz des Teufels ist, daß wahre Freiheit nur in der Bindung an Gott besteht.

Von dieser geforderten Gemeinsamkeit her müssen wir unser Verhältnis zueinander revidieren. Wir bitten die Katholiken: Tut den Klotz an eurem Bein ab, die überholte Idee des geschlossenen Glaubensstaates! Aber ein jeder kehre vor seiner eigenen Tür! Wir Evangelischen haben auch viel bei uns selbst aufzuräumen, vor allem die kümmerliche Vorstellung, als sei Protestantismus nur antikatholischer Protest. In diesem Punkt sind wir traditionsverhaftet wie nur die Katholiken, ja, oft mehr als diese.

Wir haben darüber hinaus die Aufgabe, unser Haus weiter zu machen, unsere Bekenntnisbindung nicht erstarren zu lassen, sondern zu aktualisieren: Wir dürfen nicht immer nur auf die traditionell klassischen Irrlehren starren. Wir müssen aufpassen, wo sie heute auftreten. Sie haben die Bosheit, sich zuweilen gerade an der besten orthodoxen Lehre festzusetzen. Einst war gegen Rom die unbedingte Autorität der Schrift zu behaupten; ihr zeitbedingtes Kleid war die Verbalinspiration. Heute tritt uns die Fratze dieser Lehre in der Irrlehre der Sekten entgegen und macht uns überflüssige Not. Einst war die Freiheit in Zeremonien und kirchlichen Ordnungen protestantisches Schibboleth; sie wurde eine Wurzel der Irrlehre von der absoluten Freiheit des Individuums. Heute lernen wir neu die Einheit und Ordnung der Kirche verstehen. Einst war Gehorsam gegen die Obrigkeit fast ein Fundamentalartikel, den die evangelische Kirche schwer büßen muß. Heute müssen wir die Freiheit der Kirche lehren. So sind wir zur Wachsamkeit und zur Offenheit ge-

fordert auf dem Grund, der gelegt ist. Das aber ist die kostbarste Gabe der Reformation: die grundsätzliche Regenerationsfähigkeit der evangelischen Kirche in der Beugung unter Gottes Wort. Das ist das Evangelische der evangelischen Kirche: sie identifiziert keine menschliche Autorität mit Gott; sie bleibt unter Gott und glaubt an die Kraft Seines Wortes.

'Non vi, sed verbo', sagte Luther, zu deutsch: 'Es soll nicht durch Heer oder Kraft, sondern durch meinen Geist geschehen, spricht der Herr Zebaoth.' Das ist und bleibt der entscheidende Beitrag der evangelischen Kirche zur Toleranzfrage. Wo Gottes Geist waltet, schafft er Menschen um nach dem Bilde des Sohnes Gottes, in dem beides eins ist: Bindung und Freiheit, ganze Gottesherrschaft und darum universale Weite. Solche Neuschöpfung hat der Apostel Paulus erfahren, der aus einem wutschnaubenden Verfolger zum Sänger des Hohenlieds der Liebe wurde, die alles duldet. Keine Erziehung, keine wohlmeinende Moral, keine in sich verharrende Humanität erfüllt den Sinn echter Toleranz, denn diese menschlichen Kräfte schaffen den Menschen nicht um. Aber Gottes Gnade kann's machen. Nicht das Gesetz, sondern das Evangelium macht Menschen, die der Toleranz fähig sind. So ist echte Toleranz eine Sache der Verkündigung des Evangeliums. Diese aber schliesst eine Erziehung zur Toleranz nicht aus, sondern ein.

Toleranz ist ein Verhalten auf der Pilgerschaft: 'Sei willfährig deinem Widersacher bald, dieweil du noch bei ihm auf dem Wege bist', sagt Jesus. Toleranz ist kein Ideal-, sondern ein Notzustand, denn sie bedeutet Duldung des Irrtums. Ich möchte hier den katholischen Theologen Albert Hartmann zitieren: 'Das Ideal von dem wir entfernt sind, ist der Zustand der menschlichen Gesellschaft, in dem Toleranz nicht nötig ist, weil alle im Bekenntnis der Wahrheit eins sind.' So streckt der Sinn der Toleranz sich aus nach eschatologischer Erfüllung. In Gottes Wort steht nicht geschrieben, dass die Toleranz bleiben wird. Wohl aber steht geschrieben: 'Nun aber bleibt Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei; aber die Liebe ist die grösste unter ihnen.' Hier kommt das Toleranzproblem zur Ruhe."

MISSBRAUCH DES CHRISTENTUMS?

von Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier

Wie angekündigt, bringen wir hier einen weiteren Abschnitt aus dem Referat von Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier vor dem 6. Bundesparteitag der CDU in Stuttgart:

II.

In den "Kölner Leitsätzen" der CDU von 1945 heisst es: "Im Glauben an den lebendigen Gott beugen wir uns vor Seinen Geboten, den wahren und einzigen Stützen sozialer Ordnung und Gemeinschaft."

Es kann kein Schatten eines Zweifels darüber bestehen, daß dieser Satz stellvertretend für die gesamte CDU, evangelischer wie katholischer Herkunft, gesprochen ist. Ihm kommt der Charakter eines spontanen, aus letzten Überzeugung und tiefer Erfahrung gesprochenen christlichen und politischen Bekenntnisses zu. Und es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß die Selbstbezeichnung "christlich - demokratisch" in dieser Gesinnung gewählt wurde und in dieser Gesinnung sich durchgesetzt und behauptet hat. Das war damals auch ganz unbestritten. Heute, zehn Jahre danach, scheint jedoch dieser Begründungszusammenhang einigen Leuten so sehr aus dem Gedächtnis gekommen zu sein, daß sie diesen Bekenntnisakt einer großen, politischen Gemeinschaft nicht nur als eine Art unlauterer Propaganda, sondern als "Anmaßung und Mißbrauch des Gottesnamens" bezeichnen. So die sogenannte Kirchlich-theologische Sozietät - württembergische Gefolgsleute Barths - oder Thomas Dehler, der dem Kanzler - und damit selbstverständlich uns, der CDU - schlicht "Mißbrauch des Christentums, der Religion und der Kirche für politische Zwecke" vorgeworfen hat.

Selbstverständlich bedarf es gegenüber solchen Angriffen nicht der Rechtfertigung. Es ist das gute, unbestreitbare Recht aller, die auch ihre Politik von christlichen Grundsätzen bestimmen lassen möchten, sich christlich zu nennen. Dieses Recht könnte nur dann in Frage gestellt sein, wenn sich dieser Wille ins Wesenlose verflüchtigte oder wenn er mit einem Ausschließlichkeitsanspruch verbunden würde, wie ihn die CDU niemals erhoben hat. Unsere Kritiker erinnere ich daran, daß es lange vor der CDU auf evangelischem wie auf katholischem Boden - bei Stöcker und Ketteler -, aber auch in der Tradition des Sozialismus Gleiches gegeben hat. Wir hoffen und glauben, daß es Christen, katholische wie evangelische Christen, auch in anderen Parteien gibt. Aber das kann uns nicht daran hindern und darf uns nicht davon entbinden, unsere eigene Politik und unseren eigenen Weg bestimmen zu lassen von den Geboten Gottes und von der christlichen Berufung des Menschen und der Welt. Dem Wagnis und dem Irrtum bleibt auch eine Politik ausgesetzt, die sich solchen Maßstäben und Kriterien unterwirft, und die darum mit Recht christlich genannt wird.

Leider ist es notwendig, immer wieder zu sagen, daß die christliche Politik, die wir vertreten, in keinem Sinne Kirchenpolitik ist. Die Politik der CDU befaßt sich weder mit den Kirchen, noch wird sie von den Kirchen gemacht, befohlen oder dirigiert. Wir sehen in den Kirchen nicht unsere politische, sondern unsere geistige, auf jeden Fall aber unsere geistliche Heimat. Selbstverständlich liegt uns daran, daß uns diese Heimat nicht unleidlich gemacht wird wegen unserer politischen Arbeit; aber wir verlangen auch nicht, daß die Kirchen sich für uns politisch engagieren. Es gibt zweifellos Fälle, wo wir meinen, daß die Kirchen im ganzen von ihrem Fundament her gar keine andere Stellung beziehen können, als wir es in der Politik tun. Ich denke z. B. an den Kampf gegen den staatlichen Totalitarismus oder gegen den Schmutz und Schund. Natürlich gibt es noch viele andere Dinge, wo die Kirchen und die CDU in die gleiche Richtung zielen. Ich denke an Grundfragen der Familienordnung, der Grenzen des Staates, der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Autorität. Aber dies alles kann und darf uns keinen Augenblick darüber hinwegtäuschen, daß die Kirchen und die politischen Parteien, auch die bewußt christlichen Parteien, wesentlich verschieden sind und bleiben müssen. Die CDU wird keine Kirche, und die Kirche soll keine politische

Partei werden. - Kein Geringerer als Johann Hinrich Wichern hat in seiner berühmten Denkschrift an die deutsche Nation 1849 proklamiert: "Die Innere Mission wird namentlich darauf hinweisen müssen, daß der Christ sich von der Pflicht des politischen Lebens nicht zurückziehen darf, daß auch hier die Flucht Schande ist, daß es auch hier den Streit für den Herrn gilt; sie wird den Weg der politischen Presse und Rede nicht unbetreten lassen." Das hat Wichern angestrebt, aber die evangelische Kirche Deutschlands ist ihm darin nicht gefolgt. Und auch die katholische Kirche hat es ihren mündigen Söhnen und Töchtern überlassen, in der Gestalt der politischen Partei öffentliche, politische Verantwortung zu übernehmen. Das aber heißt: nicht mit dem Mandat der Kirche, sondern mit dem frei errungenen Mandat des Volkes antreten. Die CDU, eine überkonfessionelle, politische Gemeinschaft, steht und fällt mit diesem Mandat des Volkes. Sie ist - um es noch einmal zu unterstreichen - weder ein politisches Zweckinstrument der Kirche noch sonstwie eine "violette Kirchenpartei". Die CDU ist vielmehr ein Teil der politischen Organisation unseres Volkes, so wie es andere Parteien auch sind. Wir sind weder zum Predigen da, noch zur Erfüllung anderer Aufgaben, die den Kirchen zukommen. Wir sind da, um unser politisches Programm zu verwirklichen, das wir vor unserem, allerdings christlich erzogenen Gewissen und dem deutschen Volk zu verantworten haben.

In einem scharfsinnigen Schreiben haben die Frankfurter CDU-Gründer - es waren fast ausschließlich Katholiken - 1945 dargelegt, daß christliche Politik treiben nicht mehr bedeuten könne: "aus dem Glaubensbestand der Kirche ein konkretes, ganzheitlich geschlossenes Programm und Zielbild für eine geschichtliche Situation" abzuleiten. Mit anderen Worten: Christliche Politik heute wird nicht nach einer politischen Kasuistik oder einem politischen Katechismus gemacht, der von den Kirchen erlassen oder approbiert wird, sondern in der Erkenntnis des politisch Möglichen und Notwendigen von Menschen, die gern Christen sein möchten. Politische Gegner oder Kritiker, die meinen, uns darüber noch belehren zu müssen, sind mindestens zehn Jahre zu spät aufgestanden.

Auch der gelegentlich gehörte Vorwurf, daß wir in unserer politischen Praxis fundamentale Wahrheitsfragen umgingen oder eliminierten, ist vollständig unbegründet. Der CDU ist es nicht aufgegeben, die Kirche zu einen und strittige Glaubensfragen zu entscheiden, die jenseits ihrer politischen Verantwortung liegen. Die CDU gründet sich auf die gemeinsame Überzeugung evangelischer und katholischer Christen, daß uns geboten ist, im Dienste des Vaterlandes Kräfte zu vereinen, die unselig lange gegeneinander standen, und daß es schlichte Christenpflicht ist, dabei dankbar und gehorsam auf das zu sehen, was uns gemeinsam ist. Und das ist genug, um eine politische Tatgemeinschaft auf ein festes und breites Fundament zu stellen. Den Ernst und die Last des kirchlichen Getrenntseins ignorieren wir dabei nicht. Wir begreifen unsere politische Aufgabe vielmehr als das Feld, auf das uns Gott gestellt hat mit dem Gebot, uns täglich von neuem in der männlichen Tugend der Toleranz, ja, der Brüderlichkeit zu üben. Selbstverständlich ist das nicht immer eine leichte und einfache Sache. Aber es ist eine notwendige, eine große und eine wahrhaft christliche Sache. Es gehört zum Bittersten unserer Erfahrung, daß Unverstand und böser Wille unablässig bestrebt sind, genau diese, für das glückhafte Zusammenleben unseres Volkes unentbehrliche,

überkonfessionelle Gemeinschaft zu entzweien und zunichte zu machen. Dagegen hilft jedoch kein Klagen, dagegen hilft nur die Entschlossenheit, im eigenen Lager Fehler und Unbilligkeiten auszugleichen und die Engherzigkeit zu ächten. Wir können auch in Zukunft nur auf den Grundlagen zusammenstehen, auf denen wir 1945 unsere gemeinsame Arbeit begonnen haben.

Indem wir das tun, unterstellen wir uns in der politischen Praxis des Alltags der Richtschnur der christlichen Politik. Es wäre ein Irrtum, daraus nun zu folgern, daß wir einen christlichen Staat anstrebten. Vor kurzem hat nach einer Pressemeldung der Sprecher eines bekannten evangelischen Verbandes auf einer Synode erklärt: die evangelischen Christen hätten "nur Interesse an einem modernen, konfessionslosen Staat". Wenn dieser Redner damit sagen wollte, daß er die bestehende Trennung von Kirche und Staat gutheiße, dann hat er dafür gewiß auch die Zustimmung der CDU. Wenn er aber damit andeuten wollte, daß unser öffentliches, unser staatliches Leben einer noch rasanteren Säkularisierung bedürfe, dann ziehe ich vor, mich gegen ihn auf die Seite des Franzosen und Katholiken George Bernanos zu stellen, der seinen Landpfarrer einmal sagen läßt: "Was heißt denn, den Glauben verlieren? Man verliert den Glauben nicht wie ein Geldbeutel. Er hört auf, dem Leben Form zu geben, das ist alles. Ja, das ist alles."

"Moderner, konfessionsloser Staat" - gut, wenn es der sich seiner Grenzen bewußte, freiheitliche Rechtsstaat ist, der auch den Kräften des Glaubens freien Raum gibt. Die Kräfte des Unglaubens haben sich solchen Raum längst genommen. Aber was wir brauchen, was auch ein konfessionsloser, freier Rechtsstaat braucht, das sind die bewahrenden Kräfte des Glaubens, die sich in Freiheit in ihm zu entfalten verlangen, z. B. auch in den Schulen. Sie haben darauf einen klaren Rechtsanspruch. Indem ich das sage, rede ich dem konfessionellen Maximalismus in der Schulfrage so wenig das Wort wie bei der Besetzung von Beamtenstellen oder Ministersesseln. Ich weiß, daß es auf beiden Seiten, innerhalb und außerhalb der CDU, scharfe Aufpasser und Rechner gibt, daß das Mißtrauen auf der Lauer liegt, und daß dieselben Leute, die uns als ferngesteuerte "ultramontane" Partei verdächtigen, mit dem erbärmlichsten Kulissengeflüster alles tun, um uns auseinander zu treiben oder die Beteiligung und den Einfluß der evangelischen Christen in der CDU zu lähmen. Was können wir dagegen tun? Vor allem dies: verhindern, daß - berechtigt oder unberechtigt - der Eindruck entsteht oder die Vorstellung sich festsetzt, daß nach einem feststehenden Klischee dieser oder jener Gruppe ein für allemal dieser oder jener Bereich, dieses oder jenes Amt zufallen müsse. Christen sind freie Leute. Sie müssen es auch in ihrer Politik sein.

GEDANKEN ZUR KOEXISTENZ

von Oberstudiendirektor i. R. Werner Brökelschen

Die Fragen, die der Bolschewismus in Theorie und Praxis bei uns auslöst, sind so mannigfaltig, dass sie mit einem Blick gar nicht überschaut werden können. Und doch sind alle Gebiete seines Denkens und Handels, mag es sich

um Politik, Wirtschaft, gesellschaftliches Leben usw. handeln, durch ein inneres Band miteinander verbunden. Diese innere Verbundenheit, diese Einheit des ganzen bolschewistischen Gebäudes wird schon von Lenin mit aller Deutlichkeit betont: "Man kann aus dieser aus einem Guss geformten Philosophie des Marxismus nicht eine einzige grundlegende These, nicht einen einzigen wesentlichen Teil wegnehmen, ohne sich von der objektiven Wahrheit zu entfernen, ohne der bürgerlich-reaktionären Lüge in die Arme zu geraten." Und was Lenin hier von der Theorie sagt, gilt gemäss der Lehre von der absoluten Einheit von Theorie und Praxis auch von der Praxis. Im Westen meinen viele: das sei nur Vordergrund, Fassade und im Grunde nebensächlich. So denkt vielleicht auch Herbert Wehner (SPD), der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche Fragen, wenn er dieser Tage (Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 28. Mai) erklärte: "Lassen Sie doch einmal all diesen dogmatischen Kram und die ganze marxistische Theorie! Was soll das! Worauf es ankommt, ist, mit diesen hochgradig empfindlichen Menschen in ein Gespräch zu kommen, in dem sie gleichberechtigte Partner sind und in dem sie vielleicht willens sein werden, uns anzuhören."

Wie schön, wenn das möglich wäre oder würde! Und sicher müssen alle Versuche gemacht werden, um zu erkunden, ob es zu einem echten Gespräch kommen kann, in dem sich These und Antithese zu einer fruchtbaren Synthese vereinigen. Aber was wir bisher von bolschewistischer Seite kennengelernt haben, war keine fruchtbare Synthese, sondern nur der Wille, sich allein durchzusetzen. Bisher hat sich immer erwiesen, dass derjenige den Bolschewismus verkannt hat, der in ihm lediglich eine Wirtschafts- und Soziallehre, eine Art positiver Wissenschaft von der Umwandlung der Gesellschaft sehen wollte, so wie massgebliche Gruppen der Zweiten Internationale den Sozialismus verstanden. Wenn es so wäre, wenn es sich um blosse Zweckmässigkeitsfragen der wirtschaftlichen und sozialen Gestaltung handelte, so wären ein erfolgreiches Gespräch und ein friedlich konkurrierendes Nebeneinander wohl denkbar. Gerade diese Auffassung jedoch hat der Bolschewismus bis in die Gegenwart aufs schärfste abgelehnt. Sein Ganzheitscharakter, sein Unfehlbarkeitsglaube und sein damit verbundener Totalitätsanspruch lassen eine echte Koexistenz mit unserer Welt sehr problematisch erscheinen. Gewiss, im Laufe der Geschichte haben immer wieder die verschiedensten religiösen, politischen und sozialen Systeme friedlich nebeneinander bestehen können, - aber eben nur, wenn sie nicht den Anspruch auf Allgemeingültigkeit erhoben und diesen Anspruch mit jedem halbwegs aussichtsreichen Mittel zu verwirklichen suchten. Gerade dies aber hat der Bolschewismus - um es noch einmal zu unterstreichen - bis heute getan. Ob nach Liquidierung der Stalin-Periode darin eine Änderung eintreten, d.h. der Bolschewismus sich auf die behauptete Selbstauflösung des Kapitalismus verlassen und auf eine "friedliche" Durchdringung der kapitalistischen Welt beschränken wird, wie es Chruschtschow in seiner Rede auf dem 20. Parteitag der KPdSU behauptet hat, muss die Zukunft lehren.

Doch worin ist nun diese Einheit, diese Geschlossenheit, die wir am Bolschewismus immer wieder erleben, letzten Endes begründet? Er selbst behauptet: in seiner "Wissenschaftlichkeit". Freilich, wenn es sich um unangreifbare wissenschaftliche Sätze handelte, die dieser Lehre zugrunde lägen, wäre es

sinnlos, dagegen anzukämpfen, auch wenn sich unser Gefühl noch so sehr dagegen sträubte. Aber es ist nicht schwer aufzuzeigen, dass von Wissenschaft bei diesem System in keiner Hinsicht die Rede sein kann. Der Beweis dafür ist oft genug geführt worden und braucht deshalb auch nicht in Andeutungen wiederholt zu werden. (Dabei soll nicht verkannt werden, dass insbesondere das Marx'sche Denken im einzelnen der Soziologie und Wirtschaftslehre ungemein fruchtbare Ansätze und Arbeitshypothesen geliefert hat.) In Wirklichkeit lebt der Bolschewismus gar nicht aus wissenschaftlichen, rationalen Gründen, sondern - wie es bei jeder Weltanschauung (und Weltanschauung will er sein) der Fall ist - aus tieferen Schichten der Seele: aus einem Erlösungsglauben, der sich jedoch nicht wie beim Christentum auf ein Jenseits bezieht, sondern auf das Diesseits, und durch den er sich berufen fühlt, das die Geschichte der Menschheit vollendende Endreich herbeizuführen. So wird ein Irdisch - Endliches, der materielle Wohlstand, zum höchsten Wert, zu einem absolutum erhoben, womit der Charakter dieser Lehre als einer verkappten, einer Pseudo-Religion deutlich wird. In einem neuen Verhältnis zu Arbeit und Eigentum soll dann mit dem materiellen Wohlstand automatisch der kulturelle Hochstand, die allseitige Ausbildung der Wesenskräfte des Menschen verbunden sein. Die Romantik dieser pseudo-religiösen Haltung wird nur dürftig verdeckt durch eine pseudo-wissenschaftliche Sprache, die behauptet, in ihren Sätzen bewiesen zu haben, dass die Geschichte mit Notwendigkeit jenem Ziele entgegenlaufe.

An dieser Stelle sind wir als Christen aufgerufen, Stellung zu nehmen. Damit ganz klar werde, um was es sich handelt, müssen wir auf die Grundansätze zurückgehen, wie sie sich schon beim jungen Marx finden, vor allem in den erst 1932 wiedergefundenen philosophisch-ökonomischen Manuskripten aus dem Jahre 1844, die wahrscheinlich gar nicht zur Veröffentlichung bestimmt, sondern nur als eine eigene klärende Zusammenfassung seiner Gedanken gemeint waren. Mensch und Welt sind danach keine für sich bestehenden Wirklichkeiten, sondern schaffen sich erst gegenseitig. Für sich sind sie nichts. Der Mensch schafft in der Bearbeitung der rohen Natur eine für ihn erst wirkliche Natur, wie er in dieser Arbeit zugleich sich selbst als Kulturmenschen schafft, indem er seine Wesenskräfte entfaltet.

In diesem Gedankengang wird der biblische Gedanke der Geschöpflichkeit von Natur und Mensch radikal abgelehnt, und zwar allein aus dem Grunde, weil er die absolute Selbständigkeit des Menschen aufheben würde. Diese Selbstgeschöpflichkeit des Menschen und seiner Ordnungen ist der unabdingbare Ausgangspunkt der Marx'schen Ideologie: "Ein Wesen gibt sich erst als selbständiges, sobald es auf eigenen Füßen steht, und es steht erst auf eigenen Füßen, sobald es sein Dasein sich selbst verdankt. Ein Mensch, der von der Gnade eines anderen lebt, betrachtet sich als ein abhängiges Wesen. Ich lebe aber vollständig von der Gnade eines anderen, wenn ich ihm nicht nur die Unterhaltung meines Lebens verdanke, sondern wenn er ausserdem noch mein Leben geschaffen hat, wenn er der Quell meines Lebens ist; und mein Leben hat notwendig einen solchen Grund ausser sich, wenn es nicht meine eigene Schöpfung ist. Die Schöpfung (sc. im biblischen Sinne) ist daher eine sehr schwer aus dem Volksbewusstsein zu verdrängende Vorstellung..." Marx lehrt also nicht nur, dass der Mensch sich als Geistwesen selbst gestalte, sondern auch, dass er leiblich, biologisch als Naturwesen keinen Schöpfer habe. In diesem Zusammenhang vertritt er an mehreren

Stellen ausdrücklich die *generatio aequivoca*, die Urzeugung, die Selbsterzeugung des Organischen aus dem Anorganischen - eine alte Theorie, an der auch die Sowjetbiologen bis heute festhalten, ohne dass durch ihre "Beweise" die Sache glaubhafter geworden wäre.

Damit wird jeder Gedanke an die Existenz Gottes scharf abgelehnt: "Indem für den sozialistischen Menschen die ganze sogenannte Weltgeschichte nichts anderes ist als die Erzeugung des Menschen durch die menschliche Arbeit, als das Werden der Natur für den Menschen, hat er also den anschaulichen, unwiderstehlichen Beweis von seiner Geburt durch sich selbst, von seinem Entstehungsprozess ... (Damit) ist die Frage nach einem fremden Wesen, nach einem Wesen über der Natur und dem Menschen - eine Frage, welche das Geständnis der Unwesentlichkeit der Natur und des Menschen einschliesst - praktisch unmöglich geworden." Erst durch diese Leugnung jeder Transzendenz glaubt Marx den Menschen wesentlich, selbständig und stark zu machen, die bestehende Welt so zu verändern, dass der Mensch sein Leben menschlich, d. h. im Sinne seiner "Bestimmung" gestalten kann. Er macht ihn damit zum Herrn der Geschichte, nicht nur in dem Sinne, dass er das Endziel der Geschichte weiss, sondern auch in dem, dass er den Weg dorthin beherrscht.

Wenn man die Leidenschaft bedenkt, mit der nicht nur Marx und Engels, sondern noch mehr der Bolschewismus an diesen Grundsätzen festhalten, so erkennt man, dass es sich hier um eine Entscheidung für einen letzten und höchsten, für einen absoluten Wert handelt: der Mensch als Mittelpunkt der Wirklichkeit. Das ist auch der Sinn des Wortes Humanismus im bolschewistischen Vokabular. Entscheidungen für absolute Werte tragen den Charakter der Unbedingtheit, sind verbunden mit fanatischer Hingabe und dulden keinen Kompromiss. Der Entscheidung des Marxismus/Bolschewismus gilt somit jede überlieferte Religion als Illusion - geboren aus dem Elend ausgebeuteter Klassen, die in eine illusionäre Scheinwelt flüchten, weil sie die Wirklichkeit in so trostloser Verfassung finden: "Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes. Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks. Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf."

Viele Gründe mögen bei Marx und anderen diese Entscheidung ausgelöst haben: das Versagen der Kirchen gegenüber den aufkommenden sozialen Fragen, die allzu willige Anpassung der Kirchen an die bestehenden Gewalten usw. Aber allein aus rationalen Erwägungen wäre Marx wohl nie zu seiner radikalen Ablehnung aller Religion gekommen. Und vor allem: durch solche rationalen Ableitungen des Atheismus wären die Massen nie für die fanatische Gottlosenbewegung gewonnen worden, wenn sie hier nicht auch etwas anspräche, was mehr oder weniger verborgen in jedem Menschen ruht: die Neigung, sich gegen den Schöpfer und seine Schöpfungsordnung zu empören und sich dafür an seine Stelle zu setzen - gemäss der Einflüsterung der Schlange in der Schöpfungsgeschichte: "Ihr werdet sein wie Gott und wissen, was gut und böse ist." Es ist das uralte Prometheus-Motiv: "Hast du nicht alles selbst vollendet, heilig glühend Herz?" Es ist, wie Augustin es nennt, das "*experimentum suae medietatis*", der Versuch des Menschen, sich in den Mittelpunkt zu stellen, sich zum Schöpfer seiner selbst, der Wirklich-

keit und ihrer Ordnungen zu erklären und sich damit in seiner vermeintlichen Allmacht zu bestätigen.

In diesem antireligiösen, hochmütigen Affekt ruht die dämonische Kraft des Bolschewismus, die wir nur allzuoft unterschätzen. Was helfen gegen solche, meist im Unbewussten getroffenen Urentscheidungen rationale Widerlegungen! Sie sind nötig, aber sie genügen nicht. Hier hilft auch nicht allein die Beseitigung sozialer Notstände, so wichtig sie auch ist. Überschätzen wir diese Möglichkeit, so geraten wir dabei selbst in die Gefahr, die Produktion, die materiellen Güter als ein Allheilmittel zu verabsolutieren und damit, wie der Bolschewismus, zu einem Götzen zu machen. Mit solcher Einstellung können Menschen zwar in der äusseren Gestaltung des Lebens Gewaltiges erreichen: Die Industrialisierung der Sowjetunion ist eine grosse Leistung. Doch wir empfinden ein Grauen, wenn wir an die Millionen Opfer denken, die dabei zugrunde gegangen sind. Und sehen wir nicht schon heute, dass das utopische Ziel verfehlt wird, dass etwas ganz anderes dabei herauskommt, als die Theorie einst versprach? Aber nicht nur das: Wir fühlen, dass auch bei denen, die alle Schrecken überlebt haben und nun begeistert jenem utopischen Ziel zueilen, der Mensch als Person zu kurz kommt, ja, zerstört wird. Was gilt in einem Staate, der den Menschen nur als Gattungswesen, nur als kleines Rädchen einer gewaltigen Maschine kennt, die Person, der unendliche Wert der Einzelseele, wie sie ihn vor Gott hat, der uns bei unserem Namen gerufen hat. Dass wir uns trotz aller Fehler, trotz aller Schuld als Person, als Einzelseele fühlen dürfen, ist ein Geschenk Christi. Von solcher letzten Tiefe menschlichen Seins kann der Bolschewismus nichts wissen, - er schliesst sich selbst davon aus.

"DIE SOWJETRUSSISCHE DEUTSCHLANDPOLITIK 1945 - 1955"

ein Buch, das wir empfehlen

Der Streit um die Wiedervereinigungspolitik in der Bundesrepublik leidet sehr darunter, daß ein Teil der Streitenden von falschen Voraussetzungen hinsichtlich der Möglichkeiten ausgeht, die für eine solche Politik bestehen. Seitens der Kreise, die die Politik der Bundesregierung kritisieren - insbesondere auch innerhalb der evangelischen Kirche - wird zwar besonders betont, daß eine Wiedervereinigung ohne Zustimmung der Sowjetunion nicht möglich sei. Man vermißt aber sowohl bei den Argumenten, mit denen die Regierungspolitik kritisiert wird, wie auch bei den sehr vagen Andeutungen über andere politische Möglichkeiten jeden Hinweis darauf, daß die bisherige sowjetische Politik in der Wiedervereinigungsfrage zur Kenntnis genommen worden ist, und muß daher schließen, daß sich hier Kritik und Vorschläge im luftleeren Raum bewegen, weil sie ohne Wissen um den wichtigsten Faktor - die Haltung des Verhandlungspartners - ausgesprochen werden.

Nun hat Moskau seine Haltung zur Wiedervereinigungsfrage seit 1945 in unzähligen Verlautbarungen klar zu erkennen gegeben. Die Linie seiner Politik müßte für jeden, der sich ernsthaft mit ihr beschäftigt, trotz der sie überdeckenden Propagandafassade deutlich sein. Auch sind genügend Hinweise in deutschen Veröffentlichungen gegeben worden, die eine Unkenntnis der sowjetischen Politik als unentschuldigbares Versäumnis erscheinen lassen. Die letzte Möglichkeit aber, sich auf Nichtkenntnis der Tatsachen zu berufen, wird durch eine Broschüre von Werner Erfurt genommen, die soeben unter dem Titel: "Die sowjetrussische

Deutschlandpolitik 1945-1955, Eine Studie zur Zeitgeschichte" im Bechtle Verlag, Esslingen, (129 Seiten, DM 4.20) erschienen ist. Hier wird auf Grund authentischen Materials, ausgehend vom Potsdamer Abkommen bis zur letzten Genfer Konferenz und zum Besuch des Bundeskanzlers in Moskau die sowjetische Haltung in der Wiedervereinigungsfrage dargestellt und mit überzeugender Sachlichkeit und Nüchternheit erläutert.

Von zentraler Bedeutung ist der Nachweis, daß in Moskau hinsichtlich der Wiedervereinigung von vornherein eine feste Vorstellung bestand, die auch der Tod Stalins nicht geändert hat. Bei dieser Vorstellung bildet die Losung Lenins ein Dogma: "Wer Deutschland besitzt, hat Europa"; und ihr Ausgangspunkt ist seit 1945 das Potsdamer Abkommen - in dem Sinne, wie es der Kreml versteht. Danach müssen in Deutschland vor allem die "Demokratisierung, Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Entmonopolisierung" und die "Bodenreform" durchgeführt werden. Nach sowjetischer Auslegung ist dieses Abkommen nur in der Sowjetzone verwirklicht, in Westdeutschland dagegen am laufenden Band verletzt worden. Solange nicht auch in Westdeutschland die "fortschrittlichen Kräfte" - d.h. die Kommunisten und ihre Anhänger - entscheidenden Einfluß ausüben, ist hier nach sowjetischer Lesart die Potsdamer Absprache nicht erfüllt und kein "friedliebender demokratischer" Staat geschaffen.

Der Kampf um dieses Endziel ist von Moskau in verschiedenen Formen geführt worden. In Berlin wurde die "Theorie vom Deutschland zweier 'Teilstaaten' als einer Realität, an der niemand mehr vorbeigehen könne", in den Vordergrund gespielt und bildet seitdem das Hauptstück der sowjetischen Deutschlandpolitik. Jetzt soll eine "Verständigung" zwischen Bonn und Pankow dazu führen, die Wiedervereinigung im Sinne Moskaus zu verwirklichen.

Diese Grundhaltung oder, wie Erfurt sagt, "Hauptstellung" des Kreml ist durch eine Fülle von Verlautbarungen zu beweisen und wird durch keine einzige Äußerung von maßgebender sowjetischer Seite in Frage gestellt. Erfurt weist nun nach, warum es der sowjetischen Politik immer wieder gelungen ist, die Hoffnung zu erwecken; man könne die Zustimmung Moskaus zur Wiedervereinigung in Freiheit erlangen, wenn man es nur wolle und bereit sei, "einen Preis zu zahlen": "Vor dieser Hauptstellung liegt ein weites Vorfeld", und es "spielte sich jedesmal derselbe trügerische Vorgang ab: Moskau ließ seine Gegenspieler das weite Vorfeld vor seiner Hauptstellung hin und her durchqueren, immer die Fata Morgana der Wiedervereinigung vor Augen. Sie hatten das Gefühl, in dem einen oder anderen Punkt vorangekommen zu sein - aber immer wieder mußten sie plötzlich entdecken, daß sie die Hauptstellung noch längst nicht überwunden hatten (die im übrigen unerschütterlich ist." Diese Praxis wird an zwei Beispielen verdeutlicht: Wenn Moskau erklärt, der Abschluß der Pariser Verträge mache die Wiedervereinigung unmöglich, so heißt das keineswegs, daß Moskau bereit sei, die Wiedervereinigung in Freiheit zuzulassen, sobald die Bundesrepublik aus der NATO ausscheide. Eben- sowenig besagt eine Erklärung Moskaus, mit freien Wahlen einverstanden zu sein, daß damit das Ziel der "Demokratisierung" ganz Deutschlands aufgegeben sei.

Aber in der zweiten Phase der sowjetischen Deutschlandpolitik konnte eben der Eindruck entstehen: Moskau hätte eine größere Bereitschaft erkennen lassen, in die Wiedervereinigung einzuwilligen. Aus solcher Überzeugung wurde der Vorwurf gegen die Bundesregierung erhoben: sie sei nicht aktiv genug. In den Kreisen ihrer Kritiker festigte sich die Vorstellung, daß die Sowjet-

regierung im Notenwechsel des Jahres 1952 ihre Zustimmung zur Wiedervereinigung verbindlich ausgesprochen und ihren Preis genannt habe: freie Wahlen gegen Verzicht auf Deutschlands Zugehörigkeit zur NATO. "Daß dieses vermeintliche Angebot nicht Wirklichkeit geworden ist, wird von den Kritikern der westlichen Regierungen und der Bundesregierung als die 'verpaßte Chance' hingestellt, mit der die Wiedervereinigung unwiderruflich zu Grabe getragen worden sei... Für den Leser dieser Schrift wird klar sein, daß auch diese Kritiker bereits 'im Vorfeld' der Problematik einer Fata Morgana zum Opfer gefallen sind... Dem kritischen Betrachter wurde deutlich, daß Moskau nicht eine einzige seiner Vorbedingungen für die Wiedervereinigung abgeschrieben hatte. Der 'Preis' für die Wiedervereinigung hätte nicht allein in dem Verzicht auf die Zugehörigkeit zur NATO bestanden. Er umfaßte nach wie vor auch alle anderen Forderungen der Sowjets."

Insbesondere hat Moskau den Vorrang der freien Wahlen stets abgelehnt. Stattdessen wurden Lösungen vorgeschlagen, deren Hauptzweck es war, zunächst ein provisorisches, zentrales gesamtdeutsches Organ zu schaffen, das die Möglichkeit bieten sollte, der gesamtdeutschen Entwicklung den Stempel Moskaus aufzudrücken. So besagt die Note vom 23. August 1952, in der freien gesamtdeutschen Wahlen zugestimmt wird, eindeutig, daß vor der Zulassung solcher Wahlen die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens im Moskauer Sinne verwirklicht sein müßten: "Der sowjetische Fahrplan legte wiederum den Staatsstreich in die Zeit vor gesamtdeutschen Wahlen."

Gegenüber der Forderung, bei Verhandlungen über die Wiedervereinigung die Teilnahme Deutschlands an den Pariser Verträgen zur Diskussion zu stellen, ist der Nachweis wichtig, daß die Sowjets stets von einer politischen Lösung ausgegangen sind. "Damit wird die Frage hinfällig, wie die Sowjets sich den militärischen Status eines künftigen Gesamtdeutschlands denken. Wenn das wiedervereinigte Deutschland in ihrem Sinne politisch 'sicher' ist, dann ist automatisch die Gewähr dafür gegeben, daß es auch militärisch nicht in die gegnerische Front einschwenken wird. Die 'politische' Lösung schließt also die 'militärische' Lösung ein." In diesem Zusammenhang ist auch der von Erfurt geführte Nachweis bedeutsam, daß Moskau die deutsche Aufrüstung keineswegs fürchtet - wie seine Propaganda behauptet -, daß es im Gegenteil eine "Politik der Stärke" betreibt, und zwar in einem unverkennbaren Gefühl der Sicherheit, das ihr die starke Festung verleiht, zu welcher der Ostblock planmäßig ausgebaut wird. In diesem Sinne gab Molotow auf der Genfer Außenministerkonferenz vom Herbst 1955 in aller Offenheit zu, daß die Sowjetunion überhaupt nicht gewillt ist, der Wiedervereinigung zuzustimmen - auch dann nicht, wenn ihr Sicherheitsbedürfnis voll und ganz befriedigt würde.

Durch die ganze Broschüre Erfurts zieht sich der Nachweis, daß die Beteiligung der Bundesrepublik an den Pariser Verträgen nicht das geringste an der sowjetischen Deutschlandpolitik geändert hat: "Längst, bevor an einen deutschen Verteidigungsbeitrag gedacht wurde, haben die Sowjets erklärt, daß im Westen eine planmäßige Politik der 'Spaltung' Deutschlands und Europas betrieben werde, die eine Wiedervereinigung unmöglich mache. Für die Sowjets begann die 'Spaltung' in dem Augenblick, als sie erkannten, daß das Potsdamer Abkommen, wie sie es interpretierten und angewandt wissen wollten, infolge des Widerstandes der westlichen Welt nicht in ganz Deutschland verwirklicht werden konnte."

Zusammenfassend darf man sagen: Solange nicht seitens der Kritiker der Bundesregierung in der Frage der Wiedervereinigung der ernsthafte Versuch gemacht wird, sich sachlich mit den Darlegungen Erfurts auseinanderzusetzen und Tatsachen aufzuzeigen, die die zwingenden Schlußfolgerungen seiner Schrift entkräften, muß jede weitere Auseinandersetzung in dieser Frage fruchtlos erscheinen. Hier wird die Wiedervereinigungspolitik der Opposition herausgefordert. Wir warten auf eine Antwort.

Walter Lüben

Redaktionelle Berichtigung: Der Autor des Beitrages "Soll und Haben der evangelischen Sozialarbeit" in Nr. 4/56 der "Evangelischen Verantwortung", S. 6 ff., cand.phil. Rudolf v. Thadden, hatte im Zusammenhang mit seinen Ausführungen zur Gewerkschaftsfrage u. a. erklärt: dem maßgebliche Kreise der evangelischen Arbeiterorganisationen umfassenden und die christlichen Arbeitnehmer zum Fernbleiben von der neuen Christlichen Gewerkschaftsbewegung aufrufenden "Komitee zur Erhaltung der gewerkschaftlichen Einheit" sei im "Unternehmerbrief" des Deutschen Industrie-Instituts vorgeworfen worden: es handle im Einklang mit der politischen Richtung Niemöllers und Heinemanns. Rudolf v. Thadden bezog sich dabei, wie er uns mitteilte, auf einen Artikel des "Unternehmerbriefs" Nr. 47/55, S. 1 ff., aus der Feder des aus der publizistischen Arbeit des Deutschen Evangelischen Kirchentages bekannten Dr. Nikolaus v. Grote. - Auf Grund des uns nunmehr vorliegenden Wortlautes dieses Artikels kommen wir zu der Feststellung, daß der den "Unternehmerbrief" betreffende Passus in den Ausführungen v. Thaddens nicht gerechtfertigt erscheint.

Die Red.



EISENWERK KRITZLER
WEIDENAU/SIEG

NAHTLOSE ROHRE

Kesselrohre, Siederohre, Gewinderohre

Rippenrohre, Rohrschlangen, Rohrbogen

Preß-, Zieh- und Stanzteile

Die FRANKONIA-Universaltasche mit verstellbaren Zwischenwänden

Eine Spitzenleistung
sauberen handwerk-
lichen Könnens.
Verarbeitung edelsten
Materials.



A. DOPPERT, Lederfabrik, Kitzingen 3 (Bay.)

Verkaufsorganisation:
Müller & Siebe, München 2, Augustenstraße 16